

4. Der Herr wird, sobald diese Abkommen in Kraft getreten ist, die notwendigen Schritte unternehmen, um die französische Regierung mit diesen Abkommen bekanntzumachen, und wird Frankreich vorzuschlagen, sich dem Abkommen auf Grundlage dieses Abkommens anzuschließen.

Willyhelm, Nikolaus Messembrowitsch, Gogmagog, K. H. H. H. H.

Wegen der praktischen Bedeutung hat der vorstehende Vertragselement niemals erlangt, da der Versuch, Frankreich zum Beitritt zu bewegen, an dem Widerstande der damals noch von Delcassé maßgebend beeinflussten französischen Regierung gescheitert ist.

Der Kampf um Caillaux.

Am Sonntag erschien die Zeitung in Genereve. Die französische sozialistische Presse verlangt mit verächtlichem Nachdruck die Bekanntgabe des Dokuments, welche die Verhaftung Caillaux' beanlagen, da der Schuldweis durch die bisherigen Bekanntmachungen durchaus noch nicht erbracht sei. 'Bataille' erklärt, die Öffentlichkeit erwarte mit Befremdung die genaue Wiedergabe der Tatsachen. Es wäre selbst unter dem Vorwande diplomatischer Notwendigkeit ein gefährliches Spiel, die Veröffentlichung der Tatsachen verschleiden zu wollen. Es geht um das Leben des Landes, um den Grundsatz der Freiheit und die Achtung vor der Justiz. 'Ceure' stellt die große Herovorstadt fest, welche bei der Verhaftung Caillaux' in Frankreich sich nicht erwehrt, die Öffentlichkeit über die Verhinderung der Bekanntgabe der Dokumente zu beruhigen. Die unabhängige und fortschrittliche Presse erklärt in heftigen Angriffen gegen die Regierung, daß das französische und italienische Gerichtsverfahren darin übereinstimmen, daß die Deffnung des Schranke in Florenz nur im Falle eines bewilligten Vertreters Caillaux' hätte erfolgen dürfen. Durch das eingeschlagene Verfahren sei ein krasser Rechtsbruch erfolgt. 'Berite' betont, es sei unzulässig, eine politische Sache von derartigem Umfang durch Militärbeamte, die nur Agenten der Regierung seien, führen zu lassen. Als Caillaux' feindliche Presse wendet sich gegen die Schuldfrage, welche gegen die Militärgerichtsbehörden erhoben wurden. Während 'Figaro' meint, daß die sozialistischen Bemühungen, Caillaux' als das Opfer eines Rechtsirrtums hinzustellen, ergebnislos verlaufen werden, betont die sozialistische Presse einmütig, daß sie nicht die Sache Caillaux' vertritt, sondern die Sache der Republik und der Gerechtigkeit gegen die Ungerechtigkeit.

Zur Verhaftung Combs' schreibt 'Somme Libre' die neuen, aus Amerika stammenden Dokumente beziehen sich gleichfalls auf Boustafot und Combs. Ganz besonders hinsichtlich des letzteren können gewisse Einzelheiten festgestellt werden bezüglich seiner Reise nach der Schweiz, wofür er Boustafot begleitete, der damals in Beziehungen zu Muntz Pacha stand. Der Untersuchungsrichter Hauptmann Boucharbon nahm die Aussage des ehemaligen Ministerpräsidenten Briand entgegen. Vermutlich wurde ferner Hauptmann Labouy vom dritten militärischen Nachrichtendienst über den Verhafteten Paul Combs.

Verhaftung von Frau Caillaux?

Wie die 'X. U.' meldet, steht in der Caillaux-Affäre eine neue wichtige Verhaftung bevor. Man spricht von Frau Caillaux. Caillaux' Wohnung in Paris ist Tag und Nacht von einem großen Polizeiaufgebot umstellt. Caillaux arbeitet in seiner Zelle an seiner Verteidigungsschrift. Die Freunde Caillaux' beteuern, der frühere Ministerpräsident habe mit dem aus Argentinien abberufenen deutschen Gesandten Grafen Lutzburg keinerlei Beziehung gehabt. Die 'Berite', Caillaux' Organ, macht neue Enthüllungen über die in Caillaux' Florenzer Bankfach gefundenen Rosa-Dokumente, die Poincare und Clemenceau kompromittierten. Uebrigens hat Caillaux dem Untersuchungsrichter von sich aus von dem Einsein des Florenzer Bankfaches Kenntnis gegeben; er wollte es in Anwesenheit eines von ihm bestellten Regierungsvertreters öffnen lassen. W enige Tage darauf wurde das hoch aber von italienischen Geheimagenten im Beisein des französischen Konsuls erbrochen.

Bekanntgabe der Verhaftung General?

Wie die Genfer 'Tageskorrespondenz' erzählt, verläutet in den Wandelgängen des französischen Senats, daß die Verhaftung des Generals Barrail wegen seiner Beziehungen zu Caillaux bevorstehe. Barrail war bekanntlich bis vor kurzem Oberkommandierender der Gendarmen in Salonik. Auch der Schriftsteller Danon, Vertreter italienischer Zeitungen in Paris, wurde unter der Beschuldigung, in die Angelegenheit Caillaux verwickelt zu sein, verhaftet.

Deutsche Telegramme aus Amerika.

Die amerikanische Botschaft in London veröffentlichte zwei Telegramme der deutschen Botschaft in Washington. Das erste ist vom Grafen Bernstorff an die deutsche Regierung am 4. Februar 1918 gerichtet. Darin heißt es: Caillaux hat Buenos Aires nach kurzem Aufenthalt verlassen und reist direkt nach Frankreich. Er spricht mit Verachtung über den Präsidenten der Republik und den Rest der französischen Regierung, mit Ausnahme von Briand. Er durchschaut Englands Politik vollkommen. Er erwartet keinen Umsturz in Frankreich. Er steht in dem Kriege einen Kampf um das Leben von englischer Seite. Er warne vor dem abstrakten Tod, das deutsche Zeitungen ihm spenden. — Das zweite Telegramm geht vom deutschen Marineattaché aus und ist an den Admiralsstab gerichtet. Es lautet: Der Dampfer 'Uruguay' hat Buenos Aires am 30. Januar verlassen. Der Kapitän hat wichtige Papiere bei sich. Infolgedessen des Dampfers ist sehr erwünscht. Caillaux ist an Bord. Wenn das Schiff angehalten wird, muß Caillaux subvontommen und nicht

handelt werden. Können die unsere Kräfte hierüber in Kenntnis setzen? — Die 'X. U.' bemerkt: Wenn diese Mitteilungen aus Amerika auf Wahrheit beruhen, so zeigen sie nur, daß Caillaux die Lage Frankreichs richtig erkannt hat als die jetzigen Machthaber.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Im Gegenwart des Finanzministers von Seydewitz trat heute die Zweite Kammer zu ihrer 12. ordentlichen Sitzung zusammen.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Schlussberatung über Kap. 22 und 23 des ordentlichen Haushaltsplans für 1918/19 betr. Kronrenten, Jahrgelder und sonstige Leistungen auf Grund des königlichen Haushaltsgesetzes.

Abg. Bodau (fortsch.) verweist auf das veraltete königliche Haushaltsgesetz und bemerkt, daß die Einnahmen keinen guten Eindruck in der Bevölkerung machen würden. Es möchte infolgedessen der Regierung anheimgegeben, eine veränderte Fassung der Einnahmen vorzunehmen.

Abg. Fleischner (unabh. fog.) erklärt, daß seine politischen Freunde gegen Kap. 22 und 23 stimmen werden. Für den Prinzen Ernst Heinrich seien infolge des gesunkenen Geldwertes fast 70000 Mark eingestrichen worden. Er halte dies gesetzlich für unzulässig. Weiter wendete sich der Redner gegen das Antworttelegramm des Königs.

Das Antworttelegramm des Königs.

an den unabhängigen Ausschuss für einen deutschen Frieden in Pianen. (Wir haben den Wortlaut des Telegramms feinerzeit mitgeteilt. D. Red.)

Präsident Dr. Vogel unterrichtet den Redner und bemerkt, daß die Person des Königs nicht in die Debatte gezogen werden dürfe.

Diepräsident Fräßdorf teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion zu den beiden Kapiteln dieselbe Stellung einnehmen werde wie früher. Zu dem Telegramm des Königs behalte sie sich ihre Stellungnahme vor, wenn das Kapitel zur Beratung komme, das den vorstehenden Minister im Gesamtministerium betreffe.

Staatsminister von Seydewitz.

bemerkte, daß eine Reform der Bestimmungen des königlichen Haushaltsgesetzes angebracht sei. Im übrigen sei das Geldwert seit dem Jahr 1907 so erheblich gesunken, daß eine Erhöhung notwendig sei. Die Kronrenten und die Pfandrenten seien ein Äquivalent an das königliche Haus für die Unterhaltung des Domänenbesitzes. Das Einkommen aus demselben betrage heute rund 10 Millionen Mark. Wenn das Haus heute den Betrag bewillige, dann habe es die große Mehrheit des Volkes hinter sich. Eine feste Meinung zu äußern dürfe auch dem Monarchen nicht überlassen werden, besonders wenn es sich um einen gütlichen Frieden ausbreite.

Abg. Dr. Hänel (kons.) stellt als Berichterstatter fest, daß der Abg. Fleischner nicht für das sächsische Volk, sondern lediglich für die drei Mitglieder seiner Fraktion gesprochen habe.

Die Kammer bewilligte hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten Kap. 22, Kronrenten, die Ausgaben mit 5 726 277 Mk., und Kap. 23, Jahrgelder usw., die Ausgaben mit 652 138 Mark. Hieran schloß sich die allgem. Vorberatung über den Entwurf eines Gesetzes zur

Beseitigung der Steuererleichterungen.

Abg. Schindler (kons.) betont, daß die Gewährung von Steuererleichterungen an die Beamten ein Gebot der Notwendigkeit gewesen umföhere, als die Anforderungen, die der Krieg an die Beamten gestellt habe, erheblich gewachsen seien. Gegen die Beseitigung der Steuererleichterungen spreche jedenfalls die Tatsache, daß die Zulagen erst als notwendig bezeichnet wurden und daß sie jetzt durch die Beseitigung geschnitten werden sollen. Dafür spreche, daß zahlreiche Beamtenhöfe in ihren Einkommen zurückgegangen seien, ohne daß es möglich sei, ihre Lage zu verbessern. Wünschenswerter wäre eine einheitliche Regelung der Frage in den Bundesstaaten sein. Die konservative Fraktion sei geneigt, dem Gesetzentwurf zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß gewisse Sicherungen gegeben werden, daß die Steuererleichterungen durch die Beseitigung nicht geschnitten werden. Berücksichtigt werden. Er beantrage die Überweisung des Vortrags an die Finanzdeputation A.

Staatsminister von Seydewitz verweist auf die ausführliche Begründung des Gesetzes. Jedenfalls sei eine einheitliche Regelung der Frage notwendig gewesen. Neues Recht solle mit dem Gesetz nicht geschaffen werden, sondern lediglich eine authentische Interpretation. Der Minister besprach dann nochmals die Gründe, die die Regierung bei der Einbringung des Gesetzentwurfes geleitet haben. Er sei zu dem Entschlossen, daß die Beamten ein höheres Einkommen hätten, das jedoch nur teilweise verheuert wurde, weil die Steuererleichterungen steuerfrei waren. Derartige Ungleichmäßigkeiten sollten durch das Gesetz beseitigt werden. Es handle sich hier um eine einheitliche Besteuerung aller Einkommen. Auch in Bayern und Württemberg seien die Steuererleichterungen von Anfang an zur Beseitigung herangezogen worden. Zum Ausgleich sei die Regierung bereit, nochmals ein malige Steuererleichterung zu gewähren, die steuerfrei sein. Hierdurch werde ein Ausgleich geschaffen. Er bitte um Annahme des Vortrags und um schnelle Verabschiedung.

Abg. Kleinhepfer (natlib.) betont, daß die nationalliberale Fraktion die Regierung nicht im Stich lassen werde, wenn es sich darum handle, Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Allerdings würden manche Kreis von dem Gesetzentwurf unangenehm berührt. Die Beseitigung treffe jedoch alle Beamten. Im Interesse der Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit werde die Nationalliberale Fraktion für den Entwurf stimmen.

Nach einer weiteren Aussprache wurde das Defret an die Finanzdeputation A verwiesen. Nächste Sitzung: Montag.

Meine politischen Meinungen.

Der König empfing gestern den Abgeordneten Staatsminister Ritter v. Danl in Wubien. Zur anschließenden Frühstückstafel war noch Einladung an dessen Begleiter Legationsrat Admireur Fröhen. Zu Rhein sowie den bayerischen Gesandten Fröhen, v. Grunelius und Staatsminister Dr. Grafen Wüthgen v. Wüthgen ergangen.

Ein U-Boot in amerikanischen Gewässern? Wie das Pariser Blatt 'Journal' aus Newport erzählt, verläutet dort, daß ein deutsches U-Boot 100 Meilen von der Küste von Galveston (Texas) entfernt, einen amerikanischen Dampfer versenkt habe. In Newport herrsche darüber Gerücht; an der Börse sei ein Aussturz eingetreten.

Zwei britische Torpedojäger untergegangen. Wie die britische Admiraltät mitteilt, sind zwei britische Torpedojäger bei ihrer Rückkehr zu ihrem Stützpunkt während heftigen Schneesturms in der Nacht zum 12. Januar an der schottischen Küste gescheitert und mit Mann und Maus untergegangen; nur ein Matrose wurde gerettet.

Die telefonische Verbindung Berlin-Wien-Rom ist seit einigen Tagen wiederhergestellt. Nach dem Berichte des Berliner ukrainischen Blattes 'Wilo' hat kürzlich eine lange telefonische Unterredung zwischen dem Wiener kaiserlichen Amt und Rom stattgefunden.

Der babilische Minister Abdolbadi erklärte in der babilischen Kammer, die dauernde Inanspruchnahme der Vermögenden und der Einkommenssteuer durch das Reich sei nicht annehmbar, weil diese beiden Steuern das Fundament der Eingekommen seien. In dieser Hinsicht herrsche eine völlige Uebereinstimmung unter allen Bundesstaaten. Die Frage der Reichseisenbahnen, der Bahnen symmetrisch gegenüberstehe, sei nur zu lösen, wenn Bahnen und Straßen ihren abnehmenden Standpunkt aufgeben würden. (Wachsen ist bekanntlich auch dagegen. Red.)

Wichtiges italienisches Königsbescheid. Zur Erwerbung des Reichs, dem König Viktor Emanuel dem belgischen Königsgepaar abtreten, begibt sich das belgische Königsgepaar demnächst nach Italien.

Ruffen gegen Rumänen. Nach einer Meldung des 'Dnepr' aus Odesa ordnet der lokale Ausschuss des belgischen Kommandos die Beschlagnahme sämtlicher rumänischer Schiffe im Hafen von Odesa an. Es handelt sich hierbei um mehrere Dampfer, die sich anlässlich der Offensiv gegen die Donaulinie in den Hafen von Odesa gesichert hatten. Darunter befinden sich zwei Torpedoboots und drei Anonensboots. Diese Dampfer erhielten holländische Besatzungen. Zwei rumänische Dampfer gelang es, rechtzeitig zu entkommen. — Die 'Times' meldet aus Petersburg: Die Banken in Hauptstadt erhielten den Befehl der Regierung, rumänische Wechselungen nicht mehr auszugeben. Die Rumänen verließen fluchtartig Petersburg.

Der schwedische Staatshaushalt für 1918 beläuft sich mit 878 000 000 Kronen. Das Landesverteidigungsbudget weist Ausgaben in Höhe von 101 853 000 Kronen gegen 88 018 000 Kronen dieses Jahres auf. Diese Vermehrung ist jedoch nicht auf Ausgaben für neue Zwecke, sondern nur auf eine genauere Berechnung und vollständige Klärung zurückzuführen. Bei den Marineausgaben um 42 729 800 Kronen ergibt sich gegen 1918 eine Verabminderung von 2 1/2 Millionen Kronen.

Wohlfahrt und Arbeitsmarkt in Kanada. Die Bericht über, sind 8 v. H. der 8000 000 zählenden Bevölkerung Kanadas eingezogen. Die Folgen machen sich für dieses menschenarme Land in der enormen Steigerung der Arbeitslöhne bemerkbar. In der Hälfte verlangen schwedische und norwegische Fischer einen Tageslohn von 10 Dollar nebst Verpflegung und verbieten die Beschäftigung von Japanern. In den Kohlengruben erhalten die Arbeiter 12 bis 22 Dollars täglich. Die Eisenbahnen gehen dem Bankrott entgegen; die Frachttarife dürfen sie nicht steigern, während ihre Unkosten ins Unendliche wachsen.

Von Stadt und Land.

Mie, 10. Januar. Nachdruck der Beilagen, die durch ein Korrespondenzblatt freundlich gemacht sind, ist — auch im Auszuge — nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Die ledigen-Versicherung für Mädchen.

Das ledigbleiben zahlreicher Mädchen stellt vom sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt aus eine Frage dar, deren praktische Behandlung heute und in künftige Lebenszeit wichtiger und dringlicher erscheint als je zuvor. In mannigfachen Verhältnissen unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens ist es begründet, daß eine gewisse Anzahl von Mädchen keine Gelegenheit zur Heirat findet, und ein bestimmter Ueberfluß lediger Mädchen muß schon darum bestehen bleiben, weil in Deutschland die Zahl männlicher Personen geringer ist als die weiblicher. Die Volkszählung des Jahres 1910 z. B. ergab im Deutschen Reich 8 000 000 weibliche Personen mehr als männliche. Die Hauptfrage, die mit dieser Ueberschüssigkeit verknüpft ist, ist zweifellos die um das wirtschaftliche Fortkommen. Die soll nun durch eine ledigen-Versicherung für Mädchen Abhilfe geschaffen werden, deren Plan von einem Komitee matter stammt, der die rechtlichen Grundlagen für die Möglichkeit des wirtschaftlichen Schutzes der ledigen durch Versicherung ausarbeitete. Nach diesem System ist es der Mädchen oder deren Eltern möglich, durch Versicherung eine wirtschaftliche Benachteiligung infolge Ueberschüssigkeit abzumehren. Die Eltern oder gesetzlichen Vertreter bezahlen die Prämien für die zu versichernden Personen im Kindesalter und im jugendlichen Mädchenalter, also zu einer Zeit in der die Erziehungskosten verhältnismäßig gering sind. Die Prämienzahlung dauert bis zum 10. Lebensjahre der Versicherten. Wenn die Tochter bei Ueberschüssigkeit des Jahres nicht verheiratet ist, bezieht sie von nun an eine lebenslängliche Rente, die in vierteljährlichen, an den Quartalsenden im voraus fälligen Teilbeträgen zahlbar ist, auch wenn die Versicherte nach Abschluß des 37. Jahres noch heiratet sollte. Wenn die Versicherte hingegen sich vor dem 37. Lebensjahre verheiratet, so steht ihr nach dem entsprechenden Tarif keinerlei Rentenanspruch zu, es sei denn, daß von vornherein eine Versicherung mit voller Rückgewähr der eingezahlten Prämiensumme abgeschlossen wurde. Diese Summen sind im Falle des Todes der ledigen-Versicherten den rechtmäßigen Erben auszugeben. Bei Prämienrückgewähr stellt sich die Versicherung ungefähr doppelt so teuer wie eine gewöhnliche Rentenversicherung. Durch dieses System wird das Mädchen nicht nur vor der wirtschaftlichen Sorge infolge möglichen ledigbleibens bewahrt, sondern der Weg einer ledigen-Versicherungspolice bessert auch die Heiratsaussichten. Ueberstimmte Entschlüsse werden, wie die 'X. U.' dazu bemerkt, dadurch verhindert, da ja die wirtschaftliche Gefahr abgewandt ist, und eine Prämienrückgewährspolice wirkt im Falle der Verheiratung dann genau wie eine Ueberschüssigkeit. Das ledigen-Versicherungssystem ist daher gerade jetzt und in der kommenden, in dieser Hinsicht keineswegs allzu leichten Zeit als eines der besten Mittel zur Lösung dieses wichtigen sozialen Problems zu betrachten.

Vortrag Röhrens. Der Vortrag des Pfarrers Röhrens aus Dortmund über 'Deutschlands Auf- oder Abstieg', der für vergangenen Donnerstag angelegt war, aber verschoben werden mußte, findet nunmehr am Montag, den 21. d. M. abends 7/8 Uhr im 'Blauen Engel' statt.

Nichtbildervorträge in der Gewerkschule. Morgen Sonntag Nachmittag 3 Uhr und abends 7/8 Uhr werden in der Gewerkschule wiederum die so beliebt gewordenen Kriegsunterhaltungsfunden (104 und 105) stattfinden. Die Vortragsfolge ist, wie aus einer Anzeige in der heutigen Nummer unseres Blattes hervorgeht, eine sehr feisende und abwechslungsreiche, so daß ein Besuch jung und alt nur zu empfehlen ist.

Frühlingsschneen. Vor meinem Fenster rauschen die hochgeschwollenen Wasser der Müde und stürzen an dem Stadtwasser in höchstem Maße nach Osten zu; auf den gegenüberliegenden Höhen ist der Schnee völlig dahingeschwunden und hat das Dunkelgrün der Fichten und des Mooses freigelegt. Ganze Winde bewegen die schlanken Wipfel der einsamen Bäume da oben und aber ihnen wölbt sich ein hellerer Himmel. Die Natur hat sich frühlingmäßig herausgestürzt. Ein Frühlingsschneen zieht nicht nur durch die Menschenbrust — nein, da drüben in der Krone des entlaubten Baumes im Garten sitzen zwei Bügelchen einträchtig beieinander und zwitschern vor selber Lust und Freude, daß es eine Zeit hat. Sie singen dem Frühling entgegen. Eine Weile laufte ich dem wunderbaren Jubelgesang, dann lagten beide davon, den dunkelblauen Höhen zu. Aber noch lange hörte ich das Zwitschern in meinen Ohren — es war.

als hätten sie...
Inzwischen...
bereits gestern...
von Hochwasser...
nehmen sind...
als einen Meter...
in einer Fabrik...
Häuser Wärme...
wasser der Rabe...
zur Hilfeleistung...
Mosel hat das...
schlechten Orten...
sind die Dämme...
auch im Saale...
getreten. Weite...
verbindungen und...
überflutet, zahlrei...
kehr wird durch...
Weite Geländestre...
bis in die Geln...
auch aus unserm...
starkes Steigen...
gefahr besteht...
Vogelands und...
haben die letzten...
in den Fernsp...
perkehr zwischen...
der Richtung Ba...
Chemnitz ist te...
gehörungen ausge...
Sachsen und Th...
gang beschränkten...
rungen ist im Sa...
Wißag von...
Bauerfrau hat...
Bauerfrau der...
betragen für den...
den Wßag durch...
den Kleinhandel...
durch den Klei...
te Wßag. Die...
Bauerfrau n...
Die Frage d...
des Reichstage...
der Frage der...
geht, wonach...
legungen lediglic...
Zentralstelle nach...
nur bei bringen...
sind. Dabei dürfe...
den Großbetrieben...
sollen Beschränk...
bars Stilllegungen...
für die Uebergang...
um den im Arde...
bald aufzuhebe...
sich im allgemei...
lich, die Stilllegu...
amt aus zu vollz...
zu übersehen sein...
dem Kriege in der...
noch nicht fest...
dahin gearbeitet...
baldmöglichst wie...
Zulagen zur...
beschlossen, daß...
aus der Unfalls...
lage von 8 W...
nen, wenn folger...
Rente, welche de...
mindestens eine...
sein; 2. der Wer...
es dürfen nicht...
nahme rechtfertig...
Zulagen werden...
1. d. M. 1918 g...
Die Diebstähle...
Erörterungen gab...
der Abgeordneten...
sich mit einem U...
lichten Diebstäh...
von der Vertheil...
zur Abstellung d...
schiedens Abgeord...
paketverkehr einge...
kommenden Diebst...
mehreren Redner...
gegen die Wer...
durch das Krieg...
hinausgehenden...
Prüfung. Es wur...
Bakete eingefüh...
bestehenden Mißst...
Verkehrsverwaltung...
mehrer Diebstähle...
tri durch den M...
naten eingeführt...
Quispersonale, das...
aber auch durch...
einem großen Teil...
ungsverwaltung...
wurde, um die D...
beit des Post- und...
Der erwähnte Unt...
Zusammenhän...
n. M. land eine...
besondere eine...
Zusammenhän...
politischen St...